



November 2020

BERGKARABACH: NEUORDNUNG DER REGIONALEN MACHTVERHÄLTNISSE

Hans Lampalzer

Aus dem sechswöchigen Konflikt in und um die Region Bergkarabach gehen insbesondere Aserbaidschan, Russland und die Türkei als Sieger hervor. Mithilfe modern ausgerüsteter Streitkräfte schuf man neue Realitäten im Südkaukasus: nationale als auch geopolitische. Während die Türkei ihren Einfluss in Baku ausbaut, zementiert der Kreml durch geschickte Diplomatie und raschen Einsatz der Streitkräfte seine Position im südlichen Vorhof auf lange Frist ein. Zu den Verlierern zählen neben Armenien und der OSZE auch alle Anstrengungen zu einer friedlichen Konfliktlösung.

Trilaterale Neun-Punkte-Erklärung

Im Ende September 2020 aufgeflammten Konflikt um die von Armenien kontrollierte Region Bergkarabach gelang es ab 10. November unter Vermittlung Russlands einen Waffenstillstand zu erreichen. Armenien, das als Schutzmacht für Bergkarabach agiert, stimmte unter massivem Druck der schmerzhaften Neun-Punkte-Erklärung zu. Eine Fortführung der Kämpfe hätte nur zu weiteren menschlichen Opfern wie auch Gebietsverlusten an Aserbaidschan geführt. In der Erklärung verpflichteten sich die Parteien zu einem vollständigen Einstellen aller Kampfhandlungen auf den zuletzt gehaltenen Positionen. Darüber hinaus werden die von Armenien im ersten Karabach-Krieg Anfang der 1990er Jahre eroberten sieben aserbaidischen Bezirke rund um Bergkarabach schrittweise bis 1. Dezember an Baku zurückgegeben. Vier davon gingen bereits im Zuge der Kampfhandlungen seit September weitgehend an Aserbaidschan verloren. Mit der Erklärung wurde ebenso eine russische Peacekeeping-Mission etabliert. Die 1.960 Personen umfassende und mit leichten Waffen ausgerüstete

Truppe soll den Waffenstillstand entlang der Kontaktlinie auf Seiten Bergkarabachs sichern. Neben den Peacekeepern soll auch ein außerhalb Karabachs befindliches Zentrum zur Überwachung der Waffenruhe entstehen. Wenngleich noch keine Details bekannt sind, wird es neben aserbaidischen auch türkische Militärpersonen umfassen. Ebenso vereinbart wurde ein Austausch der Kriegsgefangenen und gefallenen Soldaten. Der letzte Punkt der Vereinbarung weist auf die Öffnung aller Wirtschafts- und Transportwege in die Region hin. Dem zufolge muss Armenien Verkehrsverbindungen zwischen den westlichen Regionen der Republik Aserbaidschan und der südwestlich von Armenien gelegenen und an die Türkei grenzenden aserbaidischen Exklave Nachitschewan sicherstellen. Die Kontrolle des Verkehrs obliegt dem russischen Grenzdienst.

Die russische Friedensmission

Die ersten Einheiten der speziell für Friedenseinsätze vorgesehenen 15. selbstständigen motorisierten Schützenbrigade verlegten noch in der Nacht der Unterzeichnung der Neun-Punkt-Erklärung mittels Lufttransport aus dem im zentralen russischen Militärbezirk gelegenen Uljanowsk in den Einsatzraum. Nicht einmal zehn Tage nach Einsatzbeginn wurden bereits 23 Beobachtungspunkte errichtet und mehr als zehn Kilometer Straße von Minen und Kriegsrelikten befreit. Die Soldaten sind mit 90 Radschützenpanzern, 380 Fahrzeugen, Spezialgerät als auch modernsten Kommunikations- und Beobachtungssystemen inklusive Drohnen ausgerüstet. Die Einsatzdauer beträgt fünf Jahre mit automatischer Verlängerung, wenn keine der Parteien ihren Willen zur Beendigung erklärt. Parallel zum Einfließen der Peacekeeping-Mission traten die armenischen Streitkräfte ihren Rückzug an. Der Einsatz der russischen Soldaten findet entlang der Kontaktlinie in Bergkarabach und des sogenannten Latschinkorridors statt. Auf einer Breite von fünf Kilometern stellt er die einzig verbleibende Verbindung von Armenien nach Bergkarabach und dem regionalen Zentrum Stepanakert/aserb. Khankendi sicher. Die für beide Seiten historisch und kulturell wichtige Stadt Schuscha/arm. Schuschi, unmittelbar südlich von Stepanakert gelegen, wurde bereits am Tag vor der Unterzeichnung durch die aserbaidzschischen Streitkräfte rückerobert und verbleibt in deren Händen.

Rückkehr und neue Vertreibungen

Der nunmehrige Waffenstillstand setzt einem jahrzehntelangen ethnischen und territorialen Konflikt sein vorläufiges Ende. Unter der Kontrolle des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) soll gemäß der trilateralen Erklärung den – teils seit Jahrzehnten – internen Vertriebenen und Flüchtlingen eine Rückkehr nach Bergkarabach und in die umliegenden Gebiete ermöglicht werden.

Während der sechswöchigen Kampfhandlungen verließen an die 90.000 Armenier, das sind rund zwei Drittel der Bevölkerung, das bisherig kontrollierte Gebiet. Infolge armenischen Artillerie- und Raketenbeschusses flüchteten ebenso an die 40.000 Aserbaidzschaner aus den östlich der ursprünglichen Kontaktlinie befindlichen Territorien. Diese Zahlen umfassen jedoch nur einen Bruchteil der Binnenvertriebenen und Flüchtlingen des ersten Krieges in den 1990er Jahren. Er begann zu Zeiten der UdSSR 1988 als sich das mehrheitlich von Armeniern bewohnte Gebiet von der damaligen Aserbaidzschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik lossagte und daraufhin ein Krieg zwischen den Nachfolgestaaten Armenien und Aserbaidzschan ausbrach. Bis zum Waffenstillstand im Jahr 1994 starben an die 30.000 Menschen. Rund eine Million Flüchtlinge waren auf beiden Seiten zu beklagen – etwa 700.000 davon auf Seiten Aserbaidzschans, die mitunter bis jetzt unter primitiven Bedingungen leben mussten. Trotz Jubelstimmung und Rückkehrwillen wird eine Rückkehr viel Zeit und Mittel benötigen. Gemäß einer Berechnung der aserbaidzschanischen nationalen Agentur für Minenräumung ANAMA werden fünf bis sechs Jahre für die Räumung von nicht explodierter Munition und zehn bis dreizehn Jahre für Minen veranschlagt. Von einer friedlichen Koexistenz der beiden Ethnien kann aufgrund der Konfliktgeschichte und auch beiderseits kaum auf Frieden vorbereiteten Bevölkerung auf Jahre nicht ausgegangen werden.

Für die nun vertriebenen Armenier scheint eine Rückkehr nur in das von den Peacekeepern gesicherte Gebiet realistisch. An die 15.000 Menschen kehrten innerhalb der ersten zwei Wochen des Waffenstillstands nach Stepanakert zurück. Bilder aus den Gebieten, die an Aserbaidzschan zurückgegeben werden müssen, zeigen wie Menschen ihre Häuser in Brand steckten und die sterblichen Überreste der Toten mitnahmen. Solche Berichte sind ein eindrückliches Zeichen für die tiefen Gräben zwischen den Ethnien.

Verlierer und Gewinner

Als großer Verlierer der Konfrontation geht Armenien hervor, welches große Gebietsverluste hinnehmen musste und de facto kapitulierte. Der diplomatischen Offensive zur internationalen Anerkennung der „Republik Artsach“ war ebenso kein Erfolg beschieden. Die vom armenischen Premierminister Nikol Paschinjan ohne weitere interne Abstimmung getätigte Unterzeichnung der Neun-Punkt-Erklärung führte zu einer innenpolitischen Krise und heftigen Protesten in der Bevölkerung. Die Opposition und nationalistische Kräfte werfen ihm Verrat vor. Bis dato weigert sich Paschinjan zurückzutreten, jedoch ist seine Position massiv geschwächt und das Land noch stärker als je zuvor von Russland abhängig. Sehr rasch setzte auch eine Diskreditierung von liberalen und prowestlichen Parlamentariern ein. Wenngleich der Status von Bergkarabach in der Erklärung selbst offengelassen wurde, verheißten erste Aussagen aus der aserbaidzschanischen Präsidialadministration nach einer bestenfalls kulturellen Autonomie für Armenier nichts Positives für die angespannte politische Lage in Jerewan.

Ein weiterer Verlierer ist zweifellos die OSZE. Mit dem Gipfel von Budapest im Dezember 1994 wurden ihr prinzipiell alle Werkzeuge für die Konfliktbeilegung an die Hand gelegt. Im „Minsker Prozess“ bemühten sich die Ko-Vorsitzländer der Minsk-Gruppe – Russland, Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika – um eine diplomatische Lösung. Ergänzt wurde dieses strategische Element mit dem persönlichen Beauftragten des Vorsitzenden. Dieser stellte in den letzten 26 Jahren die einzige Vertretung in der Region sicher und leistete u.a. mit seinen regelmäßig stattfindenden eintägigen Monitoring-Missionen sowie humanitärer Unterstützung für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) wertvolle – jedoch im Umfang beschränkte – vertrauensbildende Arbeit. Die Hochrangige Planungsgruppe hatte seit ihrer Gründung ein Mandat zur Planung einer OSZE-Friedens-

mission. Infolge der zivilen Ausprägung der OSZE galt jedoch eine robuste Mission in den letzten Jahren als unwahrscheinlich. Sowohl Armenien wie auch Aserbaidschan ließen in den letzten Jahrzehnten außerdem keine Kompromissbereitschaft erkennen, sondern erschwerten die auf dem Konsensprinzip fußende Arbeitsweise der Organisation. Sichtbarer Ausdruck der erodierenden Multilateralität sind ebenso die seit Sommer unbesetzten Spitzenpositionen in der OSZE, welche ein stärkeres Engagement verunmöglichten.

Als Gewinner können Aserbaidschan, Russland und die Türkei ausgemacht werden. Aserbaidschan, das wegen seiner Gas- und Ölvorkommen Armenien wirtschaftlich weit überlegen ist, diversifizierte in den letzten Jahren seine Rüstungsimpporte. Beschafft wurden u.a. eine Vielzahl von türkischen und israelischen bewaffneten Drohnen. Frustriert über den diplomatischen Stillstand strebte Baku nun eine militärische Konfliktlösung an. Die erfolgreiche Kampagne wurde von der Bevölkerung mitgetragen. Das Neun-Punkte-Abkommen bedeutet neben dem Wiedergewinn von rund der Hälfte des einstig verlorenen Gebietes, auch die militärische Demütigung des Erzfeinds und eine direkte Landverbindung mit der Exklave Nachitschewan und weiter in die Türkei.

Russland gelangen ebenso mehrere Erfolge: Mit den Peacekeepern und den Truppen des Grenzdienstes verfügt es nunmehr, unter Aussparung eines internationalen Mandats, über weitere Kräfte in der Region. Dies stärkt nicht nur den Selbstanspruch, sondern auch realen Einfluss im postsowjetischen Raum bedeutend. So ist trotz des militärischen Sieges auch Aserbaidschan auf den Druck Moskaus auf Jerewan zur Einhaltung des Abkommens angewiesen. Mit der Schaffung eines russisches *inter-agency humanitarian response center for Nagorno-Karabakh* besetzt es weiters eine Schlüsselrolle in der unmittelbaren Konfliktnachsorge. Dieses beherbergt eine Vielzahl russischer Behörden und schafft mit ihrer Arbeit

ein positives Image in der Bevölkerung. Keine Zweifel an der weiteren gewichtigen Rolle Russlands in der Konfliktnachsorge ließ Präsident Wladimir Putin mit der Aussage aufkommen, dass er auf internationale Unterstützung für die Arbeit des Zentrums zähle. In erster Linie werden dies das IKRK, UNHCR und die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) sein. Letztere hat u. a. mit dem Schutz von Kulturgütern eine wichtige Aufgabe, um weitere Radikalisierung möglichst zu verhindern.

Der dritte Gewinner ist die Türkei. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan unterstrich seine Regionalmachtsambitionen, und baute politisch wie militärisch die Beziehung zu Aserbaidschan aus.

Militärische Erkenntnisse

Militärisch war Aserbaidschan technologisch und taktisch überlegen. Dies beruhte zu einem Gutteil auf der offenen Unterstützung durch die Türkei in Form von Militärberatern als auch insbesondere türkischer Drohnentechnologie und deren Einsatzführung. Beobachter vermuten auch aufgrund der Ähnlichkeit der aserbajdschanischen Drohnenkampagne mit der türkischen Operation *Spring Shield* Anfang 2020, dass das operative Konzept übergeben wurde. Gemutmaßt wurde ebenso inwiefern nicht türkische Generäle wesentliche Führungsaufgaben im zweiten Karabach-Krieg inne hatten. Charakteristisch für die aserbajdschanische Kampfführung waren ein enges Zusammenwirken von Drohnen und Artillerie sowie ein präzises Ausschalten von unterschiedlichen Zielen mittels Drohnen und *loitering ammunition*. Laut verfügbaren Quellen gelang es innerhalb von zwei Wochen, 60 armenische Boden-Luft-

Raketensysteme auszuschalten, was zu einer völligen Luftüberlegenheit führte. Ebenso setzte man vermutlich bis zu 2.500 von der Türkei angeheuerte Söldner aus Syrien ein, um die eigenen Kräfte zu schonen. Ihre Motivation basierte in erster Linie auf finanziellen und nicht ideologischen Gründen. Soziale Medien spielten im Konflikt ebenso eine große Rolle. Aserbaidschan zeigte einerseits insbesondere von Drohnen aufgenommene Angriffe, andererseits schränkte es die Informationen im eigenen Land gezielt ein. Bis zum Schluss wurden keine Zahlen über eigene militärische Verluste bekannt gegeben. An die 100 Zivilisten starben durch Artillerie- und Raketenangriffe. Auf armenischer Seite gab man die Zahl der Gefallenen mit mehr als 2.500 an. An die 50 Zivilisten wurden getötet und zumindest 150 verletzt. Beide Seiten verwendeten Cluster-Munition. Baku wird ebenso beschuldigt, weißen Phosphor in der zweiten Phase der Operation eingesetzt zu haben, was auch Umweltschäden mit sich zieht.

Ableitungen

- Militärische Mittel – besonders die Kombination aus moderner Technik (Drohnen, *loitering ammunition*), Informationskrieg und Söldnern – wurden erfolgreich zur Erreichung nationaler bzw. geopolitischer Ziele eingesetzt.
- Es gilt nun primär das Leiden der betroffenen Zivilbevölkerung in der unmittelbaren Konfliktnachsorge zu lindern und dabei einen direkten Zugang zu beiden Seiten sicherzustellen.
- Eine substantielle politische Konfliktbeilegung unter dem Mandat der OSZE ist anzustreben.
- Die EU hat in der Konfliktnachsorge nicht nur als Zahler, sondern auch als politischer Einflussfaktor aufzutreten (*payer AND player*).

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: RepröZ W, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk